

MEDIENINFORMATION

Allgemeinmedizinischer Bereitschaftsdienst am Wochenende: Gesamte Ärzteschaft in Sorge! – Konzept der Ärztekammer für Neuausrichtung des Dienstes blieb seitens Politik unbeantwortet – Forderung nach Rundem Tisch mit Land und ÖGK

Der allgemeinmedizinische Wochenend-Bereitschaftsdienst der niedergelassenen Hausärztinnen und Hausärzte wurde auch im Burgenland als einem der letzten Bundesländer Mitte 2021 auf einen freiwilligen Dienst umgestellt. Die Abdeckung war mit 99% im vierten Quartal 2021 noch extrem hoch, seit Jahresbeginn sind aber mit Fortdauer der Zeit ein „Abbröckeln“ und zunehmend unbesetzte Sprengel zu bemerken – die Abdeckung beträgt aber immer noch ca. 93%. Grund dafür sind einerseits unattraktive Rahmenbedingungen und andererseits die Ungewissheit für die Ärzteschaft, ob und wann ein anderes System kommt, hat doch ursprünglich die Österreichische Gesundheitskasse bereits Mitte 2021 angekündigt, nur bis zum Jahresende 2021 den bestehenden Dienst zu finanzieren und ab 2022 ein neues System aufzustellen. Knapp vor Jahresende wurde die Ärzteschaft ersucht, den freiwilligen Dienst fortzuführen, da es kein neues System gäbe.

Unverständlich ist, dass das Konzept der Ärzteschaft für eine Neuausrichtung des Dienstes, welches dem Land auf Ersuchen des Landeshauptmannes am 13.9.2021 übermittelt wurde, unbeantwortet blieb. Auch auf unser Erinnerungsschreiben an das Land vom 2.12.2021, mit welchem wir wiederum um Gespräche bezüglich des Dienstes ersucht haben, blieb ohne Reaktion. Lediglich aus den Medien konnten wir entnehmen, dass das Land eine „Verfassungsklage“ angekündigt hat.

Die niedergelassene Ärzteschaft steht grundsätzlich zum Bereitschaftsdienst im Sinne der bestmöglichen und wohnortnahen Versorgung der Bevölkerung auch an den Randzeiten am Wochenende oder abends unter der Woche. Dieser gehört zum Berufsbild des Hausarztes dazu. Es müssen allerdings die Rahmenbedingungen passen und zeitgemäß sein: Derzeit sind sie es nicht und der Dienst ist wenig attraktiv. Daher werden die „weißen Flecken“ immer mehr.

Inoffiziell haben wir erfahren, dass die Zentralen Aufnahmestationen in den Spitälern den Dienst anstatt der niedergelassenen Ärzte übernehmen sollen. Eine derartige Zusatzbelastung für die Spitalsärzteschaft ist vollkommen inakzeptabel und für diese nicht mehr stemmbar, sind doch auch im Spital viele Dienstposten unbesetzt und werden kaum mehr AllgemeinmedizinerInnen dort beschäftigt. Die burgenländischen Spitäler werden dadurch für die Ärzteschaft noch unattraktiver und noch mehr Ärztinnen und Ärzte werden uns verlassen. Aber auch für die Patientinnen und Patienten geht die wohnortnahe Versorgung dadurch verloren.

Die gesamte Ärzteschaft des Burgenlandes, also Spitals- wie niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, ist um den Standort Burgenland in Sorge. Angesichts dieser Probleme ist es vollkommen unverständlich, wenn mit der Ärztekammer, die zu einem solchen Dienst bereit ist und auf Wunsch der Politik auch ein Konzept, wie es funktionieren könnte, erarbeitet hat, nicht einmal gesprochen wird. Bei einem Runden Tisch mit Land und Österreichischer Gesundheitskasse kann sicherlich eine Lösung im Sinne aller Beteiligten – PatientInnen und ÄrztInnen – gefunden werden – die Ärzteschaft ist dazu bereit.

Eisenstadt, 10.2.2022